

Infobrief Frieden März 2015 Nr. 3

Newsletter des Versöhnungsbundes

1. Den Mythos der Gewalt überwinden
2. Atombomben abschaffen – Reise nach Japan
3. Wir weigern uns, Feinde zu sein
4. Zentrum Frieden: Programm ist online
5. Nochmal Atombomben: Druck auf die Bundesregierung
6. Religion als „Friedensmacht“?
7. Ukraine: Massenhafte Kriegsdienstverweigerung, Flucht und Asyl
8. Zeitung gegen den Krieg
9. PraktikantInnen gesucht!

Aus epd 2015 Nr. 13:

- Ausschreitungen bei Blockupy-Demo
- Altbischof Huber wünscht sich Debatte über »Gesellschaft 2030« statt Gewalt
- Gewalt bei »Blockupy«-Protesten verurteilt
- Massive Ausschreitungen in Frankfurt - 150 Polizisten bei Demonstrationen gegen EZB
- Blockupy-Proteste: Gewaltforscher für mehr Prävention statt mehr Polizei
- UN werfen »Islamischem Staat« Völkermord vor Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs gefordert
- Islamwissenschaftler Kiefer: Antisemitismus unter Muslimen nimmt zu
- »Blumen für Stukenbrock« Gedenken an Befreiung von Kriegsgefangenen
- Friedensforscher: Weltweite Waffenexporte weiter gestiegen
- Uni Aachen prüft Vorwürfe der Rüstungsforschung
- Mehr als 400 Konflikte weltweit
- Anti-Atomkraft-Bewegung Ostermarsch an Gronauer Uranfabrik
- Brutalität und Menschlichkeit Neuverfilmung von »Nackt unter Wölfen« läuft am 1. April in der ARD
- Freilichtmuseum Detmold Themenjahr beleuchtet Zwangsarbeit in NS-Zeit
- »Die Staaten verlieren fortschreitend ihre Souveränität« Der Soziologe und Globalisierungskritiker Jean Ziegler ruft zum Aufstand der Zivilgesellschaft auf

Infobrief Frieden März 2015 Nr. 3

Aus dem zweiten Newsletter des Versöhnungsbundes

1. Den Mythos der Gewalt überwinden

Wie schaffen wir es, dem weit verbreiteten Glauben entgegen zu treten, dass mit Gewalt Konflikte zu lösen seien? Darum geht es auf unserer [Jahrestagung](#) vom 14.-17. Mai in Bonn. Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an, damit wir entsprechend planen können!

2. Atombomben abschaffen – Reise nach Japan

Unser Mitglied Wolfgang Schlupp-Hauck, der auch in der Pressehütte Mutlangen engagiert ist, wird im Sommer eine Reise nach Japan machen (26. Juli-10. August), um weitere Möglichkeiten der weltweiten Zusammenarbeit gegen Atomwaffen auszuloten. Wer möchte mitkommen? Fördermittel stehen zur Verfügung. Bitte melden bei wolfgang.schlupp-hauck@t-online.de

3. Wir weigern uns, Feinde zu sein

Wie lässt sich die von Marshall Rosenberg entwickelte Methode der gewaltfreien Kommunikation in internationalen Konflikten wie dem Nahost-Konflikt einsetzen? Das ist Thema eines [Studentages](#) für junge Erwachsene, den Pax Christi und Versöhnungsbund am 25. April in München anbieten; Leiter ist unser Friedensreferent Clemens Ronnefeldt.

4. Zentrum Frieden: Programm ist online

Parallel zum Kirchentag wird es vom 4.-6. Juni in Stuttgart ein buntes [Programm](#) rund ums Thema Frieden geben; 38 Organisationen wirken dabei mit. AGDF-Vorsitzende Horst Scheffler in einer [Pressemitteilung](#) dazu: „Das Primat der Gewaltfreiheit auch für die Politik wird in Stellungnahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht immer durchgehalten.“ Vielleicht kann unser Zentrum dazu beitragen, das zu ändern – wir freuen uns auf Euch! Der Versöhnungsbund bietet unter anderem eine Veranstaltung zur islamischen Friedensphilosophie mit Muhammad Sameer Murtaza an – hier ist ein [Interview](#) mit ihm zu gewaltlosem Widerstand in Palästina.

5. Nochmal Atombomben: Druck auf die Bundesregierung

Im Mai findet in New York die Überprüfungskonferenz zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag statt. Mit einer [Postkartenaktion](#) und [Unterschriftenlisten](#) sollen Außenminister Steinmeier und die Bundesregierung dazu bewegt werden, sich wieder mehr für die weltweite Abschaffung der Atombomben und ihren Abzug aus Deutschland einzusetzen. Bitte beteiligt Euch – die Aktionen laufen nur noch kurze Zeit!

6. Religion als „Friedensmacht“?

Den Beitrag von Religionen zu Krieg oder Frieden nimmt ein neues [Dossier](#) von Publik Forum unter die Lupe, das speziell auch für den Schulunterricht und die außerschulische Bildungsarbeit gedacht ist. Mehr dazu hier.

7. Ukraine: Massenhafte Kriegsdienstverweigerung, Flucht und Asyl

Ein spannender und umfangreicher [Artikel](#) zu diesem Thema findet sich auf der Webseite von Connection e.V. Der 1993 gegründete Verein setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, dass Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten Asyl erhalten.

8. Zeitung gegen den Krieg

Die DFG-VK hat gemeinsam mit anderen Organisationen eine „Zeitung gegen den Krieg“ heraus gebracht, die zur Verteilung bei den Ostermärschen gedacht ist. Bestellung und weitere Infos [hier](#).

9. PraktikantInnen gesucht!

Wir suchen für die Vorbereitungen und Unterstützung bei der Jahrestagung dringend [PraktikantInnen](#)! Falls Ihr Interesse habt oder jemanden wisst, sagt uns Bescheid! Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig e.V. Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Aus epd 2015 Nr. 13:

Ausschreitungen bei Blockupy-Demo

Altbischof Huber wünscht sich Debatte über »Gesellschaft 2030« statt Gewalt

Düsseldorf (epd). Der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber, hat die gewaltsamen Ausschreitungen bei den Blockupy- Demonstrationen in Frankfurt am Main scharf verurteilt. Angesichts der fundamentalistischen Kapitalismus-Kritik sagte Huber dem in Düsseldorf erscheinenden »Handelsblatt « (19. März), wichtige Inhalte würden durch gewaltsame Demonstrationsstrategien überdeckt. Nötig wäre eine Debatte über die »Gesellschaft 2030«, empfahl der evangelische Sozialethiker. Über die Zukunftsfähigkeit der gesellschaftlichen und politischen Ordnung werde nicht ausreichend diskutiert. Es komme darauf an, dass die Eliten in Politik, Wirtschaft und Kultur zu den zentralen Werten stünden, die den Zusammenhalt der Gesellschaft verbürgen sollen. Zuletzt sei vor allem Eigenverantwortung hochgehalten und zu oft mit bloßem Egoismus gleichgesetzt worden. Notwendig sei eine neue Balance zwischen den Werten Solidarität, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Bei Protesten gegen die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main war es am Mittwoch zu massiven Ausschreitungen gekommen. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und setzten sie in Brand, Autos gingen in Flammen auf, Polizisten wurden mit Steinwürfen attackiert. Zahlreiche Demonstrationsteilnehmer und Polizeibeamte wurden verletzt. (siehe auch Seite 14) epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 13_2015 Seite _5**

Gewalt bei »Blockupy«-Protesten verurteilt

Massive Ausschreitungen in Frankfurt - 150 Polizisten bei Demonstrationen gegen EZB

Berlin/Frankfurt a.M. (epd). Vertreter aller Fraktionen im Bundestag haben die Gewalt bei den Protesten gegen die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt verurteilt. In einer kurzfristig angesetzten Debatte sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU): »Diesen Gewalttätern fehlt jeder Respekt vor Leben und Gesundheit.« Die Vorsitzende der Partei Die Linke, Katja Kipping, sagte, jeder Verletzte sei einer zu viel. Das gelte gleichermaßen für Opfer aufseiten der Polizei und der Demonstranten. Ihr fehle jedes Verständnis dafür, dass Autos angezündet werden. Sie habe aber vor Ort zugleich den Eindruck gewonnen, dass die Mehrheit der Menschen »entschieden, aber gewaltfrei« habe demonstrieren wollen. Die Veranstalter distanzieren sich indes nicht von der Gewalt. In der lebhaften Debatte im Parlament griffen Abgeordnete von Union und SPD m 19. März die Linkspartei an, die mit zu den Protesten aufgerufen hatte. De Maizière forderte von Vertretern dieser Partei eine Verurteilung der Gewalt. Das müsse Konsens im Bundestag sein, sagte er. Der Innenminister ergänzte, die aktuellen Ereignisse in Frankfurt würden eine Lehre sein für den G7-Gipfel Anfang Juni auf Schloss Elmau oder ähnliche Veranstaltungen. Er warf den gewalttätigen Demonstranten vor, Ausschreitungen lange

geplant zu haben. Die Sicherheitsbehörden hätten entbrechende Hinweise gehabt. Der SPD-Politiker Johannes Kahrs bezeichnete die gewalttätigen Demonstranten als »irgendwelche irren Vollpfosten«, die man politisch nicht ernst nehmen müsse. Gewalt sei kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic griff die Veranstalter an, die nach ihrer Ansicht Zynismus beweisen, wenn sie Verständnis für die Wut der Demonstranten zeigten. Andererseits forderte Mihalic aber auch, zwischen Gewalttätern und den Tausenden zu differenzieren, die friedlich in Frankfurt demonstrierten. Bei Protesten gegen die Eröffnung der EZB war es am 18. März zu massiven Ausschreitungen gekommen. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und setzten sie in Brand, Autos gingen in Flammen auf, Polizisten wurden mit Steinwürfen attackiert. Wie die Polizei mitteilte, wurden 150 Beamte verletzt, zwei davon schwer. 26 Gewalttäter wurden den Angaben zufolge festgenommen. Insgesamt waren demnach knapp 10.000 Polizeikräfte im Einsatz. Sprecher des Blockupy-Bündnisses bewerteten den Protest als Erfolg. »Ich distanzieren mich nicht von der Gewalt«, sagte Frederic Wester vom Ums-Ganze-Bündnis. Hannah Eberle von der Interventionistischen Linken schloss sich der Aussage an und fügte hinzu: »Ich freue mich, dass der politische Widerstand in Deutschland angekommen ist.« Der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber, bedauerte die Ausschreitungen. Dem »Handelsblatt« sagte er, wichtige Inhalte würden durch gewaltsame Demonstrationsstrategien überdeckt. Nötig wäre eine Debatte über die »Gesellschaft 2030«.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _14

Blockupy-Proteste: Gewaltforscher für mehr Prävention statt mehr Polizei

Bielefeld (epd). Eine stärkere Polizeipräsenz kann nach Ansicht des Bielefelder Gewalt- und Konfliktforschers Andreas Zick gewalttätige Ausschreitungen wie bei den Blockupy-Protesten in Frankfurt nicht verhindern. Eine Eskalation wie zur Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) könne nur durch Prävention vermieden werden, die weit im Vorfeld einsetzen müsse, sagte Zick der in Bielefeld erscheinenden »Neuen Westfälischen« (20. März). »Man muss Blockupy in der Distanzierung zur Gewalt unterstützen.« Dass die Nacht nach den Ausschreitungen in der Mainmetropole ruhig verlaufen ist, schreibt der Experte der Blockupy-Bewegung zu. »Sie hat anscheinend nach innen Druck ausgeübt und klar gemacht, dass Gewalt kein legitimes Mittel ist«, sagte der Leiter des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Blockupy sei eine friedliche Bewegung. »Darauf muss man bauen.« Er wies auch darauf hin, dass die gewaltbereiten Demonstranten am Mittwoch in Frankfurt am Main nur einen kleinen Teil ausgemacht hätten. Den friedlichen Demonstranten schadeten sie mit ihrem Verhalten, »denn sie geraten auch unter Verdacht«. Das neue EZB-Gebäude habe eine hohe Symbolkraft, das sei von der Zentralbank unterschätzt worden, sagte Zick weiter. »Die EZB ist das Symbol sozialer Spaltung in Europa.« Das habe gewaltbereite Linke aus ganz Europa angezogen, die sich untereinander vernetzt hätten. Eskaliert sei die Situation auch, weil die Polizei nicht mit derartigen Aggressionen gerechnet habe. Außerdem habe die Polizei neben den Protesten auch den Schutz des Gebäudes und hochrangiger Personen gewährleisten müssen. Bei den gewalttätigen Krawallen am Mittwoch anlässlich der Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden 150 Polizeibeamte verletzt, zwei davon schwer. Blockupy spricht von 200 verletzten Aktivisten. Die Demonstranten waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, auch

UN werfen »Islamischem Staat« Völkermord vor Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs gefordert

Genf/Oldenburg (epd). Folter, Vergewaltigung, Massenmord: Die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) löst mit ihrer extremen Brutalität in Syrien und im Irak weltweit Entsetzen aus. Jetzt erheben die Vereinten Nationen den schwersten Vorwurf - Völkermord. Die systematischen Angriffe des IS auf die religiöse Minderheit der Jesiden im Irak kämen einem Genozid gleich, heißt es in einem Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, der am 19. März in Genf vorgestellt wurde. Der IS habe die Absicht verfolgt, die »Jesiden als eine Gruppe zu zerstören«. Der UN-Hochkommissar, der Jordanier Seid Ra'ad al-Hussein, selbst ein Muslim, sendet eine klare Botschaft: Die Taten des IS wiegen nach seiner Einschätzung so schwer, dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Ermittlungen aufnehmen müsse. Auch Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden den Terroristen vorgeworfen. Neben den Jesiden benennt die UN-Behörde auch Christen und andere religiöse und ethnische Minderheiten als Opfer des IS-Terrors. Der UN-Bericht beruht auf Befragungen von mehr als 100 Zeugen und Überlebenden zu der Zeit von Juni 2014 bis Februar 2015. Zu den aufgeführten Gräueltaten gehört die Ermordung von Hunderten jesidischer Männer im August 2014 in etlichen irakischen Dörfern. Der IS entführte laut Bericht jesidische Jungen im Alter zwischen 8 und 15 Jahren und zwang sie, zum Islam zu konvertieren. Danach drillten die Fanatiker die Kinder für den Dschihad. Mädchen und Frauen wurden von den Terroristen vergewaltigt, verschleppt und als Sexsklavinnen »verschenkt«. Als Konsequenz der IS-Verbrechen sei das Leben der jesidischen Religionsgemeinschaft in vielen Orten des Iraks erloschen, konstatieren die Autoren des Berichts. Weltweit bekennen sich nach Schätzungen 800.000 Menschen zum jesidischen Glauben. Die Mehrheit von ihnen lebt im Nordirak. Jesiden gibt es auch in Syrien, Armenien, Georgien, der Türkei und im Iran. Der Zentralrat der Jesiden in Deutschland nannte die Bewertung der Verbrechen durch die Vereinten Nationen folgerichtig. »Alles andere hätte uns überrascht«, sagte der Sprecher Holger Geisler in Oldenburg. Nun erwarte man mit Spannung die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft. Nötig sei vor allem eine Schutzzone für Jesiden und orientalische Christen im Nordirak, sagte Geisler: »Damit Menschen dort in Ruhe leben können.« Eine Schutzzone sei aber nur mit Hilfe von Bodentruppen möglich. Doch derzeit sei keine Nation dazu bereit, Truppen zu schicken, sagte Geisler. Deshalb müssten konkrete Alternativen zum Schutz der Jesiden erarbeitet werden. Der UN-Bericht listet auch schwere Verbrechen des sunnitischen IS an schiitischen Muslimen auf. Dazu gehört das Massaker an 600 Männern in einem Gefängnis im Juni 2014. Zudem mussten bis Anfang August 2014 rund 200.000 Christen und Angehörige anderer Minderheiten vor den anrückenden Terrormilizen fliehen. In den eroberten Gebieten zerstörten die marodierenden Einheiten Kirchen und andere Gebäude. Das UN-Hochkommissariat beschuldigt aber auch die irakischen Regierungstruppen und verbündete Einheiten, schwere Verbrechen im Kampf gegen den IS verübt zu haben. Zu den Taten zählen Folter, Entführungen, Vertreibungen und willkürliche Hinrichtungen. Unter den Opfern finden sich nach den Erkenntnissen der UN-Ermittler auch Zivilisten. Die Abschnitte über die Gewalt ihrer Truppen dürfte der irakischen Regierung nicht gefallen: Der gesamte Report des UN-Hochkommissariats entstand auf Initiative Bagdads. Der Irak ist nicht Mitglied des Internationalen Strafge-

richtshofs. Das Tribunal in Den Haag könnte daher nur Ermittlungen aufnehmen, wenn die irakische Regierung oder der UN-Sicherheitsrat explizit das Mandat dazu erteilen. Der außenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Omid Nouripour, forderte die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Verbrechen des IS vor das Weltstrafgericht kommen. *Von Jan Dirk Herbermann (epd)*

epd-

Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _16

Islamwissenschaftler Kiefer: Antisemitismus unter Muslimen nimmt zu

Düsseldorf (epd). Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen in Europa nimmt nach Auffassung des Islamwissenschaftlers Michael Kiefer seit Jahren deutlich zu. Die bekanntgewordenen antisemitischen Übergriffe der vergangenen zehn Jahre in Deutschland zeigten, dass der Antisemitismus bei Jugendlichen aus muslimischen Sozialisations-Kontexten »eine problematische Größe darstellen kann«, sagte der Wissenschaftler, der derzeit an der Universität Osnabrück lehrt, am 16. März in Düsseldorf. Genaue Zahlen gebe es in Deutschland allerdings nicht, weil die Statistik keine Angaben über die Religionszugehörigkeit der Täter mache. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2010 mit muslimischen Schülerinnen und Schülern habe einen »israelbezogenen, religiös legitimierten und klassischen Antisemitismus« aufgezeigt, sagte Kiefer in seinem Vortrag im Haus der evangelischen Kirche. So habe jeder fünfte arabischstämmige Jugendliche der Aussage zugestimmt, »in meiner Religion sind es die Juden, die die Welt ins Unheil treiben«. Der Aussage »Juden haben in der Welt zu viel Einfluss« hätten damals 35,8 Prozent der Befragten arabischen und knapp 21 Prozent der türkischstämmigen Jugendlichen zugestimmt. »Immer dann, wenn es in Palästina hoch her geht, dann gibt es auch hier in Europa und in Deutschland antisemitische Übergriffe von Muslimen«, sagte Kiefer. Dies sei schon längst kein Randproblem mehr, sondern eine massive Bedrohungslage. Der Wissenschaftler sprach von einem stark judenfeindlichen islamisierten Antisemitismus und sieht die Wurzeln dafür in der Geschichte. Für die meisten Muslime seien die Juden »die historischen Hauptwidersacher des Islam«, die immer schon dem Propheten hätten schaden wollen, erläuterte der Publizist. In den vergangenen Jahren sei auch bei den in Europa lebenden Muslimen der Antisemitismus in einer emotionalisierten Form gewachsen. In Frankreich seien seit dem mörderischen Anschlag auf das Satiremagazin »Charlie Hebdo« Anfang Januar rund 7.000 Juden aus Frankreich nach Israel ausgewandert. Auch in NRW schätze der zuständige Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Bedrohung durch muslimischen Antisemitismus relativ hoch ein, sagte Kiefer. Es sei bedauerlich, dass es keine systematische Präventionsarbeit in Deutschland gebe. Nach wie vor seien zu wenige Aktivitäten auf der Gemeindeebene zu verzeichnen, kritisierte Kiefer. Es fehle nicht zuletzt an Dialoginitiativen der Moschee-Gemeinden, die einen lebendigen und lebensweltnahen Austausch mit jüdischen Gemeinden pflegten. Auch gebe es vielversprechende Präventionsmöglichkeiten beim künftigen islamischen Religionsunterricht, der in den nächsten Jahren in NRW und in Niedersachsen flächendeckend ausgebaut werden soll.. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _17

»Blumen für Stukenbrock« Gedenken an Befreiung von Kriegsgefangenen

Schloß Holte-Stukenbrock (epd). Der friedenspolitische Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« erinnert am 2. April an die Befreiung des sowjetischen Kriegsgefangenenlagers in Stukenbrock vor 70 Jahren. Mit einer Kranzniederlegung an der Landespolizeischule in Stukenbrock-Senne soll den Opfern wie den Überlebenden gedacht werden, wie der Arbeitskreis am Freitag ankündigte. Die Gedenkrede hält der langjährige Vorsitzende des Arbeitskreises, Werner Höner. Angesichts der Zunahme rechtsextremer Kräfte und der drohenden Kriegsgefahr in Europa durch die gegenwärtigen Krise in der Ukraine ruft der Arbeitskreis zu einem größerem Engagement für Frieden auf. Der Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« pflegt seit mehr als 45 Jahren das Andenken an die auf dem Soldatenfriedhof begrabenen Opfer der NS-Diktatur. In den Massengräbern auf dem Friedhof liegen nach Angaben der Initiative mehr als 65.000 sowjetische Opfer. Das Kriegsgefangenenlager Stalag 326 wurde am 2. April 1945 durch die US-Armee befreit. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _18

Friedensforscher: Weltweite Waffenexporte weiter gestiegen

Stockholm (epd). Der weltweite Export von Rüstungsgütern ist laut einer Studie weiter angestiegen. Zwischen 2010 und 2014 seien 16 Prozent mehr Waffen ausgeführt worden als in den fünf Jahren davor, erklärte das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri in einem am 16. März veröffentlichten Bericht. Demnach bleiben die USA der größte Waffenexporteur, gefolgt von Russland, China, Deutschland und Frankreich. Laut Sipri hat China Deutschland von der Liste der drei größten Waffenexporteure der Welt verdrängt. Die wichtigsten Importeure waren Indien, Saudi-Arabien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Golfstaaten haben ihre Einfuhren insgesamt um 71 Prozent gesteigert. Bei den weltweiten Exporten führten die USA zwischen 2010 bis 2014 mit einem Anteil von 31 Prozent, während Russlands Anteil 27 Prozent betrug. Gegenüber dem Zeitraum 2005 bis 2009 erzielten die USA demnach ein Plus von 23 Prozent, während Russlands Exporte um 37 Prozent wuchsen. Unterdessen schossen Chinas Waffenexporte im Vergleich zu den fünf Jahren davor um 143 Prozent in die Höhe. Trotzdem liegt die Volksrepublik mit einem Anteil von fünf Prozent am globalen Waffenhandel immer noch deutlich hinter den USA und Russland. Die Exporte deutscher Waffenfirmen seien hingegen um 43 Prozent gesunken, so die Stockholmer Friedensforscher. Allerdings habe Deutschland 2014 mehrere große Aufträge aus Staaten des Nahen Ostens erhalten. Größte Abnehmer deutscher Waffenexporte waren mit elf Prozent die USA, mit neun Prozent Israel und mit sieben Prozent Griechenland. Mit 15 Prozent der weltweiten Einfuhren steht Indien auf Platz eins der Waffenimporteure, gefolgt von Saudi-Arabien und China mit jeweils fünf Prozent. Auch gehörten zwischen 2010 und 2014 drei weitere asiatische Staaten zu den zehn größten Abnehmern von Rüstungsgütern: Demnach betrug der Anteil Pakistans vier Prozent, der Anteil Südkoreas und Singapurs jeweils drei Prozent. »Asiatische Staaten sind generell abhängig von Rüstungsimporten, die stark angestiegen sind und auch in naher Zukunft hoch bleiben werden«, erklärte Sipri-Forscher Siemon Wezeman. Auch Afrika verzeichnete einen deutlichen Anstieg an Waffenimporten: So schossen diese um 45 Prozent in die Höhe. Derweil sind die europäischen Waffenimporte in den vergangenen fünf Jahren um 36 Prozent gesunken. Allerdings könnten diese Zahlen nach Einschätzung des Sipri durch den Konflikt in der Ukraine demnächst wieder steigen.

Uni Aachen prüft Vorwürfe der Rüstungsforschung

Aachen (epd). Die Universität Aachen will die Vorwürfe des Vereins Aachener Friedenspreis prüfen, nach denen die Hochschule Forschung für den US-Geheimdienst und das Pentagon betreibt. Bei den genannten Forschungsthemen der Spracherkennung und Übersetzung gebe es viele Möglichkeiten der zivilen Nutzung etwa bei Internet-Übersetzungsprogrammen, sagte die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Insofern handelt es sich um grundlegende Forschung, deren Erkenntnisnutzung allerdings im Bereich militärischer Nutzung durch die Wissenschaft nicht ausgeschlossen werden kann.« Daraus aber die Forderung abzuleiten, die Uni solle die Arbeit auf diesem Forschungsfeld einstellen, sei »völlig abwegig«, erklärte die Hochschule weiter. »Unsere Meinung ist, dass das Erforschen des Verschriftens gesprochener Sprache oder deren automatische Übersetzung die Verständigung der Völker unterstützt.« Konkret kritisierte der Arbeitskreis Entmilitarisierung der friedenspolitischen Initiative »Aachener Friedenspreises« die Projekte »Babel« und »Bolt«. Sie sind am Lehrstuhl für Sprachverarbeitung und Mustererkennung des Instituts für Informatik angesiedelt. Auftraggeber von »Babel« ist nach Angaben der Institutswebsite die IARPA (Intelligence Advanced Research Projects Activity), eine Forschungseinrichtung der US-Geheimdienste. Ziel des »Babel«-Programms ist es, Aufnahmen in unterschiedlichen Sprachen in Text umzuwandeln und auf Schlagworte zu durchsuchen. Beim Projekt »Bolt« und dem Vorgängerprojekt »Gale« forschen die Wissenschaftler nach Hochschulangaben im Auftrag der DARPA (Defence Advanced Research Projects Agency), einer Forschungsbehörde des Pentagons. Dabei soll ein Übersetzungsprogramm für das in China gesprochene Mandarin und arabische Dialekte entwickelt werden, das insbesondere für Unterhaltungen, E-Mails und Kurznachrichten genutzt werden soll. Dadurch könnten etwa Soldaten ohne Übersetzer mit der Zivilbevölkerung kommunizieren, sagte eine Hochschulsprecherin dem epd. In einem offenen Brief an Hochschulrektor Ernst Schmachtenberg hatte der Aachener Friedenspreis die Universität aufgefordert, sich wie viele andere Hochschulen mit einer Zivilklausel zur ausschließlich zivilen Forschung zu verpflichten. Die Freiheit der Forschung müsse dort an Grenzen stoßen, »wo sie anderen ihre Freiheit nimmt«. Der Verein Aachener Friedenspreis ehrt mit einem gleichnamigen Preis jährlich Menschen, die sich in besonderer Weise für den Frieden einsetzen. Bereits 2013 war bekanntgeworden, dass die RWTH Aachen drei Forschungsprojekte für das Pentagon übernommen hatte. Die Hochschule gab zu, zwischen 2009 und 2013 rund 430.000 Euro vom US-Verteidigungsministerium erhalten zu haben. Dabei habe es sich um Grundlagenforschung, nicht um Rüstungsforschung gehandelt, hieß es damals. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _23

Mehr als 400 Konflikte weltweit

Heidelberg (epd). Die Zahl der gewaltsamen Konflikte in der Welt hat 2014 zugenommen. 424 Konflikte zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung im vergangenen Jahr, wie aus seinem am Mittwoch veröffentlichten »Conflict Barometer 2014« hervorgeht. Das sind zehn Konflikte mehr als im Jahr davor. 21 dieser Konflikte wurden wegen ihrer Schwere und Intensität als Kriege eingestuft, nach 20 im Jahr davor. Mit der Ukraine-Krise sei Europa erstmals seit dem Georgien-Krieg 2008 wieder Schauplatz eines Krieges geworden, erklärten die Konfliktforscher. Die schlimmste Gewalt erschütterte dem »Barometer« zufolge den Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika südlich der Sahara mit jeweils neun Kriegen. Im Gaza-Streifen sei wieder die Stufe eines Krieges erreicht worden, während die Gewalt zwischen Regierung und Opposition in Libyen zu einer Spaltung des Landes führte, heißt es in der Studie. Das Kriegsgeschehen durch den »Islamischen Staat« (IS) in

Syrien und im Irak breitete sich auf weit mehr Staaten aus. »Im Mittleren Osten erhielt der syrische Bürgerkrieg durch die Organisation IS, die im Juni das Kalifat ausrief, eine neue Qualität«, erläuterten die Konfliktforscher. Der IS führt sowohl Krieg gegen die syrische Regierung als auch gegen Teile der Opposition und die Kurden im Norden. Im benachbarten Irak eroberte sie Gebiete im Westen und Nordwesten des Landes. Auch in Westafrika wurden durch die Gewalt der nigerianischen Terrormiliz Boko Haram wie Kamerun und der Niger weitere Staaten in das Kriegsgeschehen hineingezogen. »Mit mindestens 10.000 Todesopfern und einer Million Vertriebenen markierte dies das gewaltsamste Jahr des seit 2009 andauernden Konflikts«, erklärte das Institut. Wie die Terrormilizen »Islamische Staat« und Boko Haram bestimmten viele nichtstaatliche Gruppen die sehr gewaltsamen Konflikte. Das habe insgesamt zu einer Ausweitung der Gewalt über Landesgrenzen hinaus beigetragen. »Konflikte finden öfter losgelöst von staatlichem Machstreben statt«, erläuterte Jason Franz, einer der Autoren der Studie. Vielmehr werde das Staatssystem selbst dabei infrage gestellt. Zu den zwischenstaatlichen Krisen zählten die Konflikte zwischen Indien und Pakistan, zwischen Russland und den USA, der Nato und der EU sowie zwischen China und den Philippinen. In Lateinamerika wurden neun gewaltsame Konflikte mit kriminellen Organisationen erfasst, darunter die Krise in Kolumbien. Der Krieg in Mexiko zwischen Drogenkartellen und der Regierung blieb in den Augen der Forscher der einzige, der nicht aus ideologischen Gründen oder Machstreben geführt wurde, sondern vor allem um Profit. Von den insgesamt 424 Krisen wurden 46 als hochgewaltsame Konflikte und Kriege eingestuft. 166 innerstaatliche Konflikte wurden laut den Heidelberger Forschern mit mittlerer Gewaltintensität ausgetragen, wie in Thailand, Bangladesch, Pakistan und Venezuela. Die meisten von ihnen seien um nationale Macht und Veränderungen des politischen Systems ausgetragen worden. Das Konfliktbarometer erscheint seit 1992 einmal jährlich. Darin analysieren die Forscher aus Heidelberg das globale Konfliktgeschehen. Dazu zählen gewaltlose und gewaltsame Krisen, Kriege, Staatsstriche sowie Friedensverhandlungen. Im Jahr 2013 hatte das Institut insgesamt 414 Krisen gezählt, von denen 45 mit hoher Gewalt verbunden waren. Darunter waren 20 Kriege.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _24

Anti-Atomkraft-Bewegung Ostermarsch an Gronauer Uranfabrik

Gronau/Bonn (epd). Atomkraftgegner wollen mit einem Ostermarsch zur Uranfabrik in Gronau für die Stilllegung der Anlage demonstrieren. Die bundesweit einzigartige Anlage dieser Art produziere in großen Mengen Atommüll, kritisierte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am Freitag in Bonn. Zudem werde er mit der sogenannten Zentrifugentechnik betrieben, die auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden könne. Zu der Protestaktion am 3. April haben der BBU gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau sowie weiteren Organisationen aufgerufen. Die Abschlusskundgebung des Ostermarsches soll in der Nähe der neuen Atommüll-Lagerhalle stattfinden. Dort sollten 60.000 Tonnen radioaktives Uranoxid dauerhaft eingelagert werden, erklärte der BBU. Der Protest richte sich auch gegen diese Atommüllpläne.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite

Brutalität und Menschlichkeit Neuverfilmung von »Nackt unter Wölfen« läuft am 1. April in der ARD

Weimar (epd). Das Aufnahme-ritual ist gleichermaßen brutal wie zynisch. Das Nein auf die Frage, ob der neue Häftling den Grund seiner Einweisung ins Konzentrationslager kennt, beantwortet die SS mit Schlägen. Dagegen wird der Zimmermann, der sich selbst der »bolschewistischen Propaganda« bezichtigt, mit einem zynischen Spruch empfangen: »Gab's da nicht schon mal einen, den man ans Kreuz genagelt hat?« Mit Szenen wie diesen beginnt die Neuverfilmung des Buchenwald-Klassikers »Nackt unter Wölfen«, die am 1. April und damit kurz vor dem 70. Jahrestag der Lagerbefreiung in der ARD gezeigt wird. Grundlage für den Spielfilm, der unter Federführung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) am Originalschauplatz und in Tschechien in einem nachgebauten Lager entstand, waren Motive aus der 2008 erschienenen Neuauflage des gleichnamigen Buches von Bruno Apitz (1900-1979). Den Roman von 1958, in der DDR das meistverkaufte Buch, gibt es mittlerweile in 30 Sprachen. Doch die Geschichte um einen dreijährigen jüdischen Jungen, der das Konzentrationslager Buchenwald dank der Solidarität unter den Häftlingen überlebt, galt damals vor allem als Metapher für den heldenhaften Widerstand der Kommunisten gegen den Terror der SS-Wachmannschaften in dem Lager bei Weimar. Dieser Grundhaltung folgte auch der DEFA-Klassiker von 1963 in der Regie von Frank Beyer und mit Darstellern wie Armin Müller-Stahl, Erwin Geschonneck und Fred Delmare. Fünf Jahrzehnte später verband Drehbuchautor Stefan Kolditz Motive des Romans mit dem heutigen Wissen um den einstigen Lageralltag. Regisseur Philipp Kadelbach fand dafür überaus anrührende und beeindruckende Bilder. Dabei mutet das Team von »Unsere Mütter, unsere Väter« in seinem neuen Film dem Zuschauer durchaus auch das Brutale zu. Denn Bilder wie diese sind Teil der verbürgten NS-Geschichte - nicht nur in Buchenwald. Daneben scheint immer wieder die Banalität des Bösen auf. Während auf dem Appellplatz die Häftlinge zum Zählappell antreten müssen, flanieren draußen vor dem Lagerzaun junge Frauen mit ihren Kinderwagen vorbei. Die Lagerkapelle verabschiedet eine Häftlingskolonne beim Abmarsch zum Transport mit dem Volkslied »Muss i denn zum Städtele hinaus«. Gegen solche Bilder stehen immer wieder die großen, fragenden Augen des Kindes mit einem Ausdruck zwischen Angst und Zutrauen. Die Geschichte seines Überlebens erinnert an das reale Schicksal des jüdischen Jungen Stefan Jerzy Zweig. Dabei streift der neue Film auch Legenden um den kommunistischen Widerstand wie die vermeintliche »Selbstbefreiung« am 11. April 1945 und die widersprüchliche Rolle der »roten Kapos von Buchenwald«. Sie waren von der SS an herausgehobenen Positionen zur Lagerselbstverwaltung eingesetzt, beispielsweise in der »Arbeitsstatistik«. An dieser Schaltstelle des Lageralltags konnten sie nicht nur darüber entscheiden, wer welchem Arbeitskommando zugeteilt wurde. Bisweilen ging es auch um Leben und Tod - etwa bei der Zusammenstellung von Deportationslisten. Der kleine Junge in »Nackt unter Wölfen« überlebt, weil an seine Stelle ein Kapo den Namen eines anderen Häftlings auf die Liste setzte. Die Überlebensgeschichte des Dreijährigen erzählen die Filmemacher unsentimental und ohne aufgesetztes Pathos. Das Ergebnis ist ein Film über bewahrte Menschlichkeit. Sie lag für die »roten Kapos« in der unmenschlichen Lagerwirklichkeit wohl stets zwischen den Gegenpolen, »Handlanger der SS« oder aber Beschützer der Schwachen sein. »Häftlingsgemeinschaften als homogene Solidargemeinschaft wäre wunderbar - ist aber unter dem Überlebensdruck schier unmöglich«, beschreibt Direktor Volkhard Knigge von der Gedenkstätte Buchenwald das damalige Spannungsfeld. Der neue Film gibt davon eine beklemmende Vorstel-

Freilichtmuseum Detmold Themenjahr beleuchtet Zwangsarbeit in NS-Zeit

Detmold (epd). Das Freilichtmuseum Detmold stellt das Schicksal von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges in den Mittelpunkt der diesjährigen Ausstellungssaison, die am 1. April startet. Unter dem Titel »Geraubte Jahre. Alltag der Zwangsarbeit in Westfalen« zeigt eine Sonderschau knapp 100 alte Porträts von französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiterinnen, die zwischen 1939 und 1945 in Westfalen zu harter körperlicher Arbeit eingesetzt wurden, wie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) am Mittwoch ankündigte. Zudem bieten über 20 markierte Geschichtsstationen auf dem Museumsgelände und in einzelnen historischen Gebäuden Einblicke in die damaligen Lebensumstände der Betroffenen. Im ländlich geprägten Westfalen wurden nach Museumsangaben während der NS-Zeit mehrere hunderttausend Menschen zur Zwangsarbeit gezwungen, meist Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und Zivilpersonen aus den von Wehrmachtstruppen besetzten Ländern. Die Sonderschau zeige an Beispielen, wie die Bauernfamilien mit den ausländischen »Fremdarbeitern« umgingen und welche Schwierigkeiten, Diskriminierungen und Gefahren diese im Alltag erfahren mussten. Dabei werde verdeutlicht, dass Zwangsarbeit ein Verbrechen war, das vor aller Augen stattfand, hieß es. Die historischen Porträts der Zwangsarbeiter stammen den Angaben nach aus der Sammlung des Freilichtmuseums, zu der mehrere Serien von Glasplattennegativen aus dem 19. und 20. Jahrhundert gehören. Darunter ist auch der Bestand des ehemaligen Foto-Ateliers Kuper in Rietberg, das 2010 im Museum wieder aufgebaut wurde. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 13_2015 Seite _48

»Die Staaten verlieren fortschreitend ihre Souveränität« Der Soziologe und Globalisierungskritiker Jean Ziegler ruft zum Aufstand der Zivilgesellschaft auf

Genf (epd). *epd*: Sie rufen in Ihrem Buch zum »Sturz der kannibalischen Weltordnung« auf. Was meinen Sie damit? **Ziegler**: Die 500 größten transkontinentalen Privatkonzerne kontrollieren der Weltbank zufolge mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts. Die haben eine Macht, wie sie nie ein König, ein Kaiser, ein Papst in der Geschichte der Menschheit gehabt hat. Und sie haben ein einziges Funktionsprinzip: die Gewinnmaximalisierung in möglichst kurzer Zeit. Zugleich gibt es zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit keinen objektiven Mangel mehr. Die weltweite Landwirtschaft könnte in der heutigen Phase problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren. Das Problem ist verwehrtter Zugang zur Nahrung, nicht der Mangel an Nahrung. *epd*: Warum tun Regierungen nichts dagegen? **Ziegler**: Nationalstaaten, auch die größten wie Deutschland, verlieren fortschreitend an Souveränität. Wenn eine Regierung etwas beschließt, was den Konzernen nicht passt, dann wandern die ab. Konzernsprecher stellen sich dann hin und sagen, die Marktkräfte haben reagiert. *epd*: Wieso wehren Regierungen sich nicht? **Ziegler**: Diese Konzerne haben eine gefährliche Legitimationstheorie, die eindringt bis in sozialdemokratische Gehirne: das ist die neoliberale Wahnidee. Die sagt, dass Marktkräfte die Welt

beherrschen und die Ökonomie nach Naturgesetzen funktioniert. Das ist natürlich eine totale Lüge! Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie, und die meisten Weltkonzerne haben ihren Ursprung und ihre Zentralen ja mehrheitlich in demokratischen Staaten. Ein Herr Schäuble, der eine fürchterliche Repressionspolitik gegen Griechenland betreibt, nur damit deutsche Großbanken ihre Profite sichern können, kann abgewählt werden. *epd*: Sie glauben wirklich, dass Griechenland ein Positivbeispiel ist? **Ziegler**: Das griechische Volk hat seine demokratischen Waffen ergriffen, das Wahlrecht, und kämpft. Wie der Kampf ausgehen wird, weiß kein Mensch. Aber darum geht es: die verfassungsrechtlich garantierten Waffen zu ergreifen, Wahlrecht, Demonstrationsrecht, Gewerkschaftsfreiheit, die erkämpft worden sind von Generationen - die muss man solidarisch einsetzen. Voltaire hat gesagt: die Freiheit ist das einzige Gut, das sich abnützt, wenn man es nicht benützt. Und wir sollten aufstehen und unsere Freiheit nutzen. *epd*: Sehen wir nicht eher das Gegenteil von Solidarität? In Katalonien oder Schottland gibt es mächtige Sezessionsbewegungen. **Ziegler**: Ich finde, was da passiert, ist hoch interessant, weil es eine Verzweiflungsreaktion ist gegen die Entfremdung, die den Völkern von der weltweiten Konzerndiktatur aufgezungen wird. Der Mensch wird in der neoliberalen Ideologie reduziert auf seine Warenfunktionalität als Konsument und Produzent. Dagegen sieht man jetzt Lokalidentitäten, die man längst verschüttet glaubte, wieder auferstehen, und zu einer politischen Kraft werden. Katalonien geht auf die Unabhängigkeit zu. *epd*: Birgt diese Entwicklung nicht auch Gefahren? **Ziegler**: In der Schweiz etwa sagen die Zürcher, sie reden kein Französisch mehr. Das wird jetzt in den Schulen als erste Fremdsprache abgeschafft, weil die Uridentität der Deutschschweizer total primär wird. Als Schweizer sage ich: das ist außerordentlich gefährlich, die Zentrifugalkräfte werden dadurch gestärkt. In der Westschweiz sprechen 1,2 Millionen Menschen Französisch. Die Schweizer Eidgenossenschaft droht auseinanderzubrechen. *epd*: Wer kann die von Ihnen beschriebenen Entwicklungen aufhalten? **Ziegler**: Es braucht die Zivilgesellschaft, da ist die Hoffnung. Der Nationalstaat ist nicht wiederbelebbar, die Konzernmacht hat ihn zerstört. Es gibt weltweit eine ganze Reihe neuer sozialer Bewegungen, die keinem Zentralkomitee und keiner Parteilinie folgen, sondern der Stimme des individuellen Gewissens. Das ist ein Aufstand des Gewissens. Das Leben ist so kurz, dass man aufstehen muss, solange man noch lebt und kann. Dieser Moment ist jetzt. *epd-Gespräch: Marc Engelhardt*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST